

Schuldrecht Allgemeiner Teil: Schuldrecht AT

Looschelders

20., neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-8006-6874-8
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schuldrecht

Allgemeiner Teil

von

Dr. Dirk Looschelders

Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

20., neu bearbeitete Auflage 2022

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Looschelders SchuldR AT § Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 6874 8

ISBN E-Book 978 3 8006 6875 5

© 2022 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefrei, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 20. Auflage

Die Neuauflage bringt das Lehrbuch auf den Stand von Juli 2022. Im Vordergrund der Neubearbeitung stehen die am 1.1.2022 in Kraft getretenen Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung der Digitale-Inhalte-RL vom 25.6.2021 (BGBl. 2021 I 2123) und das Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021 (BGBl. 2021 I 2133). Die Änderungen im Verbrauchervertragsrecht durch das Gesetz für faire Verbraucherverträge vom 10.8.2021 (BGBl. 2021 I 3433) und das Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der EU vom 10.8.2021 (BGBl. 2021 I 3483) wurden ebenfalls eingearbeitet. Im Übrigen wurde das gesamte Werk erneut gründlich durchgesehen. Dabei wurde die seit dem Erscheinen der Voraufgabe veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur zum Allgemeinen Schuldrecht eingearbeitet.

Die Besonderheiten bei Verbraucherverträgen werden seit der 12. Auflage im siebten Teil des Werkes im Zusammenhang dargestellt. Hiermit wird der wachsenden Bedeutung des Verbrauchervertragsrechts in Lehre und Praxis Rechnung getragen. In diesem Rahmen werden auch die neuen Regelungen zu Verträgen über digitale Produkte (§§ 327ff.) behandelt.

Die Ausweitung der Darlegungen zum Verbrauchervertragsrecht hat nichts daran geändert, dass die jeweiligen Pflichten der Parteien eines Schuldverhältnisses und die Folgen von Pflichtverletzungen und sonstigen Störungen im Schuldverhältnis den Schwerpunkt der Darstellung bilden. Das wichtigste Anliegen des Werkes besteht weiterhin darin, den Studierenden die bei der Schuldrechtsreform von 2002 neu geschaffene Systematik des Leistungsstörungsrechts klar und prägnant zu vermitteln. In Anbetracht der wachsenden Fülle des Stoffes bietet ein systematischer Ansatz die beste Grundlage, um sich in der Klausur oder Hausarbeit auch mit komplizierten Einzelfragen und unbekannten Problemen auseinanderzusetzen.

Den Lesern der Voraufgabe habe ich wieder für zahlreiche wertvolle Hinweise und Anregungen zu danken. Zuschriften erreichen mich am besten unter der E-Mail-Adresse LS.Looschelders@hhu.de. Großer Dank gebührt schließlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihren Einsatz wieder die pünktliche Fertigstellung der Neuauflage ermöglicht haben.

Düsseldorf, im Juli 2022

Dirk Looschelders



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)

Das am 1.1.2002 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts (SchuldRModG) vom 26.11.2001 (BGBl. 2001 I 3138) hat die Struktur des deutschen Schuldrechts grundlegend verändert. Das rasche Inkrafttreten des Gesetzes, dessen endgültige Fassung erst Ende September 2001 feststand, hat nicht nur die Praxis, sondern auch die Lehre vor große Herausforderungen gestellt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie sich das neue Recht didaktisch am besten vermitteln lässt.

Das vorliegende Werk beruht auf der Vorlesung zum Allgemeinen Schuldrecht, die ich im Wintersemester 2001/2002 an der Universität Düsseldorf gehalten habe. Da es sich (auch) an Studierende richtet, die nicht mit dem alten Recht vertraut sind, wurde auf eingehende Vergleiche bewusst verzichtet. Die frühere Rechtslage wird vielmehr nur insoweit behandelt, wie dies für das Verständnis des neuen Rechts unbedingt notwendig ist.

Das Buch enthält zahlreiche Beispiele, die überwiegend der Rechtsprechung entnommen worden sind. Dem Leser soll damit verdeutlicht werden, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können. Die einschlägigen Entscheidungen sind zwar auf der Grundlage des alten Rechts ergangen. Die Lösungshinweise entsprechen aber selbstverständlich der aktuellen Rechtslage. Im Anhang finden sich außerdem sechs ausführlichere Fälle mit Lösungen. Hier soll vor allem gezeigt werden, dass der Aufbau von Klausuren zum neuen Leistungsstörungenrecht auf ein einheitliches Grundschema zurückgeführt werden kann.

Aufgrund der wachsenden Internationalisierung des Privatrechtsverkehrs wird der deutsche Jurist sich in Zukunft immer stärker mit ausländischem Recht beschäftigen müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die anderen EU-Staaten. Um dem Leser einen Eindruck von den damit verbundenen Anforderungen zu vermitteln, wurden an verschiedenen Stellen Hinweise zur Rechtsvergleichung aufgenommen. Diese Hinweise sollen zugleich die „Relativität“ mancher Problemlösung verdeutlichen, die uns auf der Grundlage des deutschen Rechts nachgerade selbstverständlich erscheint.

Bei der Konzeption und Abfassung des Werkes haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältiger Weise unterstützt. Mein besonderer Dank gilt meinen Assistentinnen und Assistenten Frau Assessorin Gabriele Kirchhoff, Frau Assessorin Ioana Kraft, Frau Referendarin Christina Paffenholz und Herrn Assessor Thomas B. Schäfer. Großer Dank gebührt aber auch den wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften Frau Assessorin Meike Mues, Frau Referendarin Elke Benzenberg, Herrn Referendar Tobias Heilmann, Frau stud. iur. Christina Bruns und Frau stud. iur. Astrid Götz. Ganz besonders danken möchte ich schließlich meiner Sekretärin Frau Gabriele Krüger, die das Manuskript in allen Phasen seiner Entstehung umsichtig und zuverlässig betreut hat.

Düsseldorf, im September 2002

Dirk Looschelders



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 20. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	30
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	56
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	127
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
§ 18 Die Aufrechnung	149
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	208
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	208
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	217
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	224
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	233
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	252
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	258
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	260
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	263
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	266
§ 32 Allgemeines	266
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	271

§ 34 Schutzpflichtverletzung	278
§ 35 Unmöglichkeit	279
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	288
§ 36 Gläubigerverzug	288
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	294
§ 38 Vertragsstrafe	305
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	313
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	313
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	319
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	333
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	333
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	351
8. Teil. Schadensrecht	381
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	381
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	384
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	387
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	405
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	411
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	420
§ 49 Grenzfälle	426
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	438
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	453
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	453
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	464
§ 53 Der Austausch des Schuldners	487
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	494
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	509
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	509
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	514
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	516
D. Rücktritt	518
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	521
Paragrafenregister	525
Sachverzeichnis	535
Entscheidungsregister	547

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 20. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	4
1. Leistungspflichten	4
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	4
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	6
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	7
2. Schutzpflichten	7
a) Gesetzliche Regelung	7
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	9
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	11
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	12
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	12
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	13
1. Grundsatz	13
2. Durchbrechungen	13
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	14
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
I. Das Zweite Buch des BGB	15
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	15
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	16
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	16
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	17
IV. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRModG	18
V. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	18
VI. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	19
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	19
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	20
3. Die Grundrechte-Charta der EU	21
4. Aktuelle Entwicklungen	21
a) Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens	21
b) Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	22
c) Digitale-Inhalte-RL und Warenkauf-RL	22
VII. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	23
1. UN-Kaufrecht	23
2. UNIDROIT Principles	23
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	24

II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	25
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	26
1. Allgemeines	26
2. Fallgruppen	27
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	27
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	27
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	28
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	30
I. Funktion und Bedeutung des § 242	30
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	31
1. Anwendungsbereich des § 242	32
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	33
a) Treu und Glauben	33
b) Verkehrssitte	33
III. Abgrenzungen	34
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	34
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	34
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	34
IV. Fallgruppen des § 242	35
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	35
2. Schrankenfunktion	36
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	36
b) Unverhältnismäßigkeit	37
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	37
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	38
e) Widersprüchliches Verhalten	38
f) Verwirkung	39
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	40
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
I. Allgemeines	41
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	42
1. Abgrenzung	42
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	43
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	43
b) Schutzpflichten	43
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	44
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	46
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	46
2. Voraussetzungen	47
3. Rechtsfolgen	48
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	48
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	48
IV. Die Draufgabe	50
1. Funktion	50
2. Abgrenzungen	50
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	51
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	52
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	52
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	52
a) Grundlagen	52
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	53
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	54
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	55
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	56
I. Allgemeines	56
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	56

1. Schutzzweck	56
2. Anwendungsbereich des § 311 b I	56
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	58
4. Divergenzfälle	58
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	59
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	59
5. Heilung des Formmangels	59
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	60
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	61
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	61
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMdG	62
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	62
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	62
2. Vertragsanbahnung	62
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	63
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	64
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	64
2. Schutz des Vermögens	64
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	64
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	65
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
I. Schuldverhältnis mit Schutzwirkung für Dritte	68
1. Problemstellung	68
2. Dogmatische Einordnung	68
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	69
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	70
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	70
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	72
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	72
4. Rechtsfolgen	72
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	74
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	74
2. Fallgruppen	75
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	75
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	75
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	76
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
I. Allgemeines	77
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	77
1. Besonderes Schuldrecht	77
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	78
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	78
c) Unerlaubte Handlungen	79
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	79
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
I. Parteivereinbarung	81
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	81
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	81
a) Generelle Grenzen	81
b) Verträge über das künftige Vermögen	82
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	82
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	83
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	83
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	84
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	84
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	85

c) Bestimmung der Gegenleistung	85
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	85
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	86
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	86
b) Anfechtung der Bestimmung	87
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	87
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	87
III. Dispositives Recht	87
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
I. Art und Weise der Leistung	88
1. Teilleistung	88
a) Die Regelung des § 266	89
b) Rechtsfolgen	89
2. Leistung durch Dritte	89
a) Persönliche Leistungspflicht	89
b) Voraussetzungen des § 267	90
c) Rechtsfolgen	91
3. Ablösungsrecht des Dritten	91
II. Leistungsort	92
1. Begriff und Bedeutung	92
2. Arten der Schuld	92
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	93
4. Sonderregelung für Geldschulden	94
III. Leistungszeit	95
1. Begriffe	95
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	96
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	97
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
I. Überblick	98
II. Die Gattungsschuld	98
1. Allgemeines	98
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	99
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	100
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	100
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	100
4. Konkretisierung	101
a) Voraussetzungen	101
b) Rechtsfolgen	102
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	103
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	104
1. Wahlschuld	104
a) Praktische Bedeutung	104
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	105
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	105
d) Unmöglichkeit	105
2. Ersetzungsbefugnis	106
a) Allgemeines	106
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	106
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	107
3. Elektive Konkurrenz	108
IV. Geldschuld	108
1. Allgemeines	108
2. Erfüllung von Geldschulden	109
3. Besondere Arten der Geldschuld	110
a) Fremdwährungsschuld	110
b) Geldsortenschuld	110
4. Zinsen	111
a) Begriff	111
b) Entstehungsgründe	111

c) Höhe des Zinssatzes	111
d) Verbot des Zinseszinses	112
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
I. Aufwendungsersatz	113
1. Der Begriff der Aufwendung	113
2. Allgemeine Regeln	114
II. Wegnahmerecht	115
III. Auskunft- und Rechenschaftspflicht	116
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	116
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	117
a) Pflicht zur Rechenschaft	117
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	117
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	118
1. Grundlagen	118
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	118
a) Gegenseitige Ansprüche	118
b) Konnexität der Ansprüche	119
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	119
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	119
3. Sonderfälle	120
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	120
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	121
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	121
d) Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der Corona-Krise	122
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	123
1. Grundgedanken	123
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	124
3. Rechtsfolgen	125
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	125
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	127
I. Einführung	127
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	127
III. Begriffsbestimmung	128
IV. Einbeziehungskontrolle	129
1. Allgemeine Grundsätze	129
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	129
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	130
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305 c)	131
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	131
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	132
1. Überblick	132
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	133
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	133
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	133
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	133
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	134
4. Rechtsfolgen	135
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
I. Begriff	137
II. Person des Leistenden	137
III. Empfänger der Leistung	137
IV. Wirkung der Erfüllung	139
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	139
2. Beweislastumkehr	139
3. Quittung und Schuldschein	139
4. Tilgungsreihenfolge	140

a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	140
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	141
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	141
V. Rechtsnatur der Erfüllung	142
1. Streitstand	142
2. Stellungnahme	143
VI. Leistung an Erfüllung statt	144
1. Rechtsnatur	144
2. Insbesondere: Überweisung und Lastschrift	145
3. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	146
4. Gewährleistung	148
§ 18 Die Aufrechnung	149
I. Allgemeines	149
II. Voraussetzungen	150
1. Aufrechnungslage	150
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	150
b) Gleichartigkeit der Forderungen	150
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	151
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	151
2. Aufrechnungserklärung	152
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	152
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	152
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	153
III. Wirkung der Aufrechnung	154
IV. Mehrheit von Forderungen	154
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	155
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	155
a) Hinterlegungsgründe	155
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	156
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	156
3. Selbsthilfeverkauf	157
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	158
III. Novation und Konfusion	158
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungenrechts	161
I. Begriff der Leistungsstörung und Ursachen	161
II. Erscheinungsformen	161
1. Verletzung von Leistungspflichten	162
a) Nichtleistung	162
b) Schlechtleistung	162
2. Verletzung von Schutzpflichten	163
III. Das Leistungsstörungenrecht vor der Reform	163
IV. Das System des geltenden Leistungsstörungenrechts	164
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	164
2. Die Grenzen des Konzepts	164
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	164
b) Das System der Schadensersatzansprüche	165
c) Das System der Rücktrittsrechte	166
V. Fazit: Das geltende Leistungsstörungenrecht als „Mischsystem“	166
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
I. Überblick	168
II. Echte Unmöglichkeit	168
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	168
a) Allgemeines	168
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	169
c) Zweckstörung	170

2. Rechtliche Unmöglichkeit	170
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	171
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	171
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	171
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	172
7. Vorübergehende Unmöglichkeit	172
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	174
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	174
1. Begriff	174
2. Konkretisierung des „groben Missverhältnisses“	176
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	177
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	178
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	179
1. Voraussetzungen	179
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	180
V. Rechtsfolgen	180
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
I. Begriff der Pflichtverletzung	183
II. Verzögerung der Leistung	183
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	184
2. Nicht oder nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	185
III. Schlechtleistung	186
1. Allgemeines	186
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	186
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	186
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	187
c) Die Rechte des Käufers	188
d) Besonderheiten bei der Verjährung	189
IV. Schutzpflichtverletzung	189
V. Unmöglichkeit	189
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	190
2. Würdigung	190
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	190
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
I. Haftung für eigenes Verschulden	191
1. Vorsatz	192
2. Fahrlässigkeit	192
a) Allgemeines	192
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	193
3. Verantwortungsfähigkeit	194
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	195
1. Vertrag	195
2. Gesetz	196
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	197
III. Haftung ohne Verschulden	198
1. Übernahme einer Garantie	199
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	200
a) Anwendungsbereich	200
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	201
3. Geldschulden	201
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	202
1. Allgemeines	202
a) Struktur des § 278	202
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	202
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	203
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	204
a) Schuldverhältnis	204
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	204
3. Rechtsfolgen	205

V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	206
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	208
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	208
I. Systematik	208
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	210
1. Schuldverhältnis	210
2. Pflichtverletzung	211
3. Vertretenmüssen	211
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	211
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	212
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	213
4. Schaden	213
III. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	214
1. Ausgangspunkt	214
2. Konkretisierungen	214
a) Schadensphänomenologische Betrachtung	214
b) Zeitabhängige Betrachtung	215
c) Würdigung	215
3. Insbesondere: Kosten eines verfrühten Deckungskaufs	216
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	217
I. Anwendungsbereich	217
II. Fallgruppen	218
1. Verletzung von Schutzpflichten	218
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	218
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	219
2. Schlechtleistung	219
a) Allgemeines	219
b) Einzelfälle	220
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	222
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	223
III. Rechtsfolgen	223
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	224
I. Schuldnerverzug	224
II. Allgemeine Voraussetzungen	224
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	225
2. Mahnung	225
3. Vertretenmüssen	226
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	227
1. Leistungszeit nach dem Kalender	227
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	227
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	228
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	228
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	229
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	229
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	230
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	230
2. Weitere Rechtsfolgen	231
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	231
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	231
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	233
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	233
1. Allgemeines	233
2. Schuldverhältnis	234
3. Pflichtverletzung	234
a) Nichtleistung (Verzögerung)	234
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	235
c) Abgrenzungsprobleme	235
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	236
a) Inhalt der Fristsetzung	236

b) Zeitpunkt der Fristsetzung	237
c) Angemessenheit der Frist	237
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	238
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	238
b) Besondere Gründe	239
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	240
6. Abmahnung statt Fristsetzung	241
7. Vertretenmüssen	241
8. Schaden	242
9. Rechtsfolgen	242
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	242
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	243
c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	244
d) Berechnung des kleinen Schadensersatzes statt der Leistung	245
e) Zuwenigleistung im Kaufrecht und Werkvertragsrecht	245
f) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	247
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	247
1. Allgemeines	247
2. Grundelemente der Haftung	247
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	248
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	249
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	249
1. Allgemeines	249
2. Grundelemente der Haftung	249
3. Funktion des § 283 S. 1	250
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	250
a) Teilweise Unmöglichkeit	250
b) Irreparable Schlechtleistung	251
c) Rückforderung des Geleisteten	251
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	252
I. Allgemeines	252
II. Voraussetzungen	252
1. Wirksamer Vertrag	252
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	254
3. Vertretenmüssen	255
4. Schaden	256
III. Rechtsfolgen	256
1. Schadensersatz statt der Leistung	256
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	257
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	257
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	258
I. Differenz- und Surrogationstheorie	258
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	259
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	259
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	260
I. Problemstellung	260
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	260
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	260
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	261
1. Allgemeine Voraussetzungen	261
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	262
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	262
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	263
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	263
I. Voraussetzungen	264
1. Schuldverhältnis	264
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	264
3. Erlangung eines Surrogats	265
4. Identität von geschuldetem und ersetztem Gegenstand	265

II. Rechtsfolgen	265
III. Konkurrenzen	266
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	266
§ 32 Allgemeines	266
I. Überblick	266
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	267
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	270
IV. Rücktritt und Schadensersatz	270
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	271
I. Anwendungsbereich	271
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	272
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	272
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	275
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	275
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	276
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	276
2. Annahmeverzug	277
VII. Rechtsfolgen	277
§ 34 Schutzpflichtverletzung	278
I. Voraussetzungen	278
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	278
§ 35 Unmöglichkeit	279
I. Anwendungsbereich	279
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	279
1. Grundsatz	279
2. Teilweise Unmöglichkeit	280
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	280
4. Abgrenzung	281
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	281
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	281
a) Allgemeines	281
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	282
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	282
2. Annahmeverzug	284
3. Rechtsfolgen	284
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	284
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	285
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	286
VI. Rücktritt	286
1. Irreparable Schlechtleistung	286
2. Teilweise Unmöglichkeit	287
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	287
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	287
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	288
§ 36 Gläubigerverzug	288
I. Allgemeines	288
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	288
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	288
2. Ordnungsgemäßes Angebot	289
a) Notwendigkeit des Angebots	289
b) Entbehrlichkeit des Angebots	290
3. Nichtannahme der Leistung	290
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	291
1. Fortbestand der Leistungspflicht	291
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	291
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	292
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	293
5. Sonstige Rechtsfolgen	293
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	294

I. Einführung	294
II. Anwendungsbereich	295
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	295
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	296
III. Voraussetzungen	297
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	297
2. Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	298
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	299
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	299
IV. Rechtsfolgen	301
1. Primär: „Anpassung des Vertrages“	301
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	302
V. Fallgruppen	302
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	302
a) Äquivalenzstörung	302
b) Zweckstörung oder Zweckvereitelung	303
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	304
§ 38 Vertragsstrafe	305
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	305
II. Struktur des unselbstständigen („echten“) Strafversprechens	306
III. Abgrenzungen	306
1. Selbstständiges („unechtes“) Strafversprechen	306
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	307
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	307
1. Wirksames Strafversprechen	307
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	308
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	309
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	309
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	310
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	310
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	313
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	313
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	313
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	314
1. Problemstellung	314
2. Wichtiger Grund	316
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	317
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	318
5. Konkurrenzen	318
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	319
I. Allgemeines	319
1. Voraussetzungen des Rücktritts	319
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	320
3. Wirkungen des Rücktritts	320
4. Sonderregeln	321
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	321
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	321
1. Rückgewähr in natura	321
2. Wertersatz	322
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	322
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	322
c) Verschlechterung oder Untergang	322
d) Berechnung des Wertersatzes	323
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	324
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	324
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	325
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	325
III. Nutzungen und Verwendungen	327

1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	327
2. Ersatz von Verwendungen	328
a) Notwendige Verwendungen	328
b) Andere Aufwendungen	328
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	329
1. Problemstellung	329
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	329
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	330
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	330
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	330
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	333
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	333
I. Grundgedanken und Systematik	333
II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	335
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	335
1. Verpflichtung des Verbrauchers zur Zahlung eines Preises	336
2. Bereitstellung personenbezogener Daten durch den Verbraucher	336
3. Ausnahmen und Einschränkungen	337
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	338
1. Informationspflichten des Unternehmers	338
a) Telefonische Kontaktaufnahme	338
b) Informationspflichten im stationären Handel	338
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	339
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	340
1. Überblick	340
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	341
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	342
b) Widerrufsfrist und Belehrung	342
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	344
d) Widerruf nichtiger Verträge	344
e) Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	345
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	346
1. Verbundene Verträge	346
2. Widerrufsdurchgriff	348
a) Allgemeines	348
b) Zusammenhängende Verträge	349
3. Einwendungsdurchgriff	350
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	351
I. Überblick	351
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	352
1. Begriff der Geschäftsräume	352
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	352
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	352
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	353
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	353
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	354
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	354
4. Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	354
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	356
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	357
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	358
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	358
2. Ausübung des Widerrufsrechts	360
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	361
a) Frist zur Rückgewähr	361
b) Modalitäten der Rückabwicklung	361
c) Kosten der Rücksendung	362

d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	362
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	364
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	366
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	367
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	367
VII. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	368
1. Allgemeine Pflichten des Unternehmers	368
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	368
3. Kündigung von Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr	370
VIII. Online-Marktplätze	370
IX. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	371
X. Verträge über digitale Produkte	371
1. Überblick	371
2. Verbraucherverträge über digitale Produkte (Anwendungsbereich)	372
3. Bereitstellung digitaler Produkte	374
a) Dogmatische Einordnung	374
b) Leistungszeit	374
c) Begriff der Bereitstellung und Zeitpunkt der Erfüllung	374
4. Rechte des Verbrauchers bei unterbliebener Bereitstellung	375
5. Haftung des Unternehmers für Produkt- und Rechtsmängel	376
8. Teil. Schadensrecht	381
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	381
I. Die Funktion des Schadensersatzes	381
II. Der Grundsatz der Totalreparation	381
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	382
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	384
I. Begriff	384
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	384
III. Positives und negatives Interesse	386
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	387
I. Grundlagen	387
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	387
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	387
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	388
1. Äquivalenztheorie	388
a) Grundsatz	388
b) Schwächen der condicio sine qua non-Formel	389
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	390
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	390
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	391
1. Adäquanz	391
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	391
b) Kritik	391
2. Schutzzweck der Norm	392
V. Hypothetische Kausalität	394
1. Problemstellung	394
2. Schadensanlage	395
3. Ersatzpflicht eines Dritten	396
4. Die sonstigen Fälle	396
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	396
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	397
1. Schockschäden	397
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	400
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	402
VIII. Vorteilsausgleichung	402
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	405
I. Grundsatz	405
II. Ausnahmen	405

1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	405
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	405
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	405
III. Abgrenzungen	406
IV. Drittschadensliquidation	406
1. Allgemeines	406
2. Fallgruppen	407
a) Obligatorische Gefahrentlastung	408
b) Mittelbare Stellvertretung	409
c) Treuhandverhältnisse	409
d) Obhut für fremde Sachen	410
e) Vertragliche Vereinbarung	410
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	411
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	411
1. Allgemeines	411
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	412
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	413
a) Sachschäden	413
b) Körperschäden	414
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	414
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	415
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	415
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	415
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	420
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	420
I. Historische Entwicklung	420
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	421
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	421
2. Rechtsgutsverletzung	421
III. Bemessung des Schmerzensgelds	423
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	423
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	423
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	424
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	424
1. Grundlagen	424
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	425
§ 49 Grenzfälle	426
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	426
1. Problemstellung	426
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	427
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	429
4. Höhe des Anspruchs	429
5. Verlust von Gebrauchsvorteilen bei gewerblich genutzten Sachen	429
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	430
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	430
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	431
V. Urlaub und Freizeit	432
1. Problemstellung	432
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	433
3. Die Regelung des § 651n II (§ 651f II aF)	433
4. Nutzlos vertane Freizeit	434
VI. Kindesunterhalt als Schaden	435
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	435
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	436
VII. Leidensbehaftetes Weiterleben als Schaden	437
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	438
I. Allgemeines	438
1. Die Grundentscheidungen des § 254	438
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	439

b) Quotenteilungsprinzip	439
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	439
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	440
4. Anwendungsbereich des § 254	441
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	441
1. Überblick	441
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	442
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	442
b) Obliegenheitsverletzung	442
c) Verschulden	443
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	444
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	445
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	446
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	446
III. Rechtsfolgen	448
IV. Handeln auf eigene Gefahr	448
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	449
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	449
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	450
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	453
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	453
I. Zweck	453
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	453
III. Dogmatische Einordnung	454
1. Kein eigener Vertragstyp	454
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	454
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	455
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	456
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Dritten (Valutaverhältnis)	456
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Dritten (Vollzugsverhältnis)	457
a) Dogmatische Einordnung	457
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungen	457
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	458
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	458
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	459
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	460
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	460
1. Anweisung	461
2. Abtretung	461
3. Stellvertretung	461
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	462
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	462
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	462
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	463
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	464
I. Überblick	464
1. Problemstellung	464
2. Arten des Gläubigerwechsels	465
3. Anwendungsbereich der §§ 398 ff.	465
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	465
1. Struktur der Abtretung	465
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	466
3. Abgrenzungen	467
a) Vertragsübernahme	467
b) Einziehungsermächtigung	467
III. Voraussetzungen der Abtretung	468
1. Vertrag	468
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	469

3. Bestimmbarkeit der Forderung	470
4. Übertragbarkeit der Forderung	471
a) Allgemeines	471
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	471
c) Vertragliches Abtretungsverbot	473
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	474
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	474
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	475
3. Pflichten des Altgläubigers	475
V. Der Schutz des Schuldners	476
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	476
a) Der Anwendungsbereich des § 404	476
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	477
2. Einwendungen aus der Abtretung	478
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	478
a) Problemstellung	478
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	479
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	479
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	481
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	481
b) Mehrfache Abtretung	482
c) Abtretungsanzeige	483
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	484
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	484
1. Sicherungszession	485
2. Inkassoession	485
VII. Die Legalzession	486
§ 53 Der Austausch des Schuldners	487
I. Überblick	487
II. Die privative Schuldübernahme	487
1. Voraussetzungen	487
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	487
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	488
c) Ausschluss der Schuldübernahme	489
2. Rechtsfolgen	489
a) Wechsel des Schuldners	489
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	490
c) Einwendungen des Übernehmers	490
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	491
III. Der Schuldbeitritt	492
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	492
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	493
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	493
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	494
I. Gläubigermehrheiten	494
1. Überblick	494
2. Teilgläubigerschaft	495
a) Voraussetzungen	495
b) Rechtsfolgen	495
3. Gesamtgläubigerschaft	496
a) Voraussetzungen	496
b) Rechtsfolgen	496
4. Mitgläubigerschaft	497
II. Schuldnermehrheiten	497
1. Teilschuld	497
a) Voraussetzungen	498
b) Rechtsfolgen	498
2. Gesamtschuld	499
a) Voraussetzungen	499

b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	501
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldern	503
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	505
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	507
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	509
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	509
I. Allgemeines	509
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	510
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	512
IV. Schadensersatz statt der Leistung	513
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	514
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	514
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	516
D. Rücktritt	518
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	521
Paragrafenregister	525
Sachverzeichnis	535
Entscheidungsregister	547



beck-shop.de

 DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG